

PLANUNG FÜR DIE STADT ALS GANZES

Stadt- und Landschaftsbild, Wissensproduktion und der Umbau
der bestehenden Städte in der DDR 1955-1990

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor-Ingenieur

an der Fakultät Architektur und Urbanistik
der Bauhaus-Universität Weimar

— **Thesen** —

vorgelegt von
Jannik Noeske M.A. M.Sc.
geb. am 14.06.1992 in Villingen-Schwenningen

Weimar, 2025

1.

Die Arbeit setzt sich mit der Frage auseinander, wie staatliche Baupolitik, Fachwelt und Bauindustrie der DDR den Umgang mit bestehenden Städten konzipiert, diskutiert und umgesetzt haben. Altstädte und kaiserzeitliche Gebiete waren im staatssozialistischen Deutschland genau wie Industriegebiete, die städtische Infrastruktur und Verkehrsbauten waren stark von Vernachlässigung und Verfall geprägt. Die bestehenden Städte wurden in der DDR durch städtebauliche Maßnahmen teils zerstört, teils aber auch als Repräsentationsorte, Wohnviertel und funktionsgemischte Stadtquartiere genutzt, erneuert und weiterentwickelt.

Dabei verortet die vorliegende Dissertationsschrift die wissenschaftliche Beschäftigung genau wie die Bautätigkeit im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontext des Untersuchungszeitraums. Dieser war durch ein Verständnis von Stadtentwicklung als Teil gesamtgesellschaftlicher Rationalisierung im fordistisch geprägten DDR-Bauwesen gekennzeichnet. Diese Aspekte werden anhand von Pilot-, Modell- und Beispielprojekten der DDR dargestellt, die nicht immer und nie vollständig verwirklicht wurden, stets aber nach (neuen) Wegen des Umgangs mit der bestehenden Stadt suchten. Diese standen in Einklang mit dem Leitbild des einseitig auf – auch inneres – Wachstum ausgerichteten Bauwesens der DDR, so eine zentrale Annahme dieser Studie.

2.

Bisherige planungsgeschichtliche Forschungsarbeiten zur DDR fokussierten auf den Neubau von Städten und Stadtquartieren und vernachlässigten den Umgang mit den bestehenden Stadtstrukturen sowie der Bausubstanz. Die vorliegende Arbeit kontextualisiert die Bautätigkeit dabei als Maßnahmen der Stadterneuerung und erweitert bestehende Forschungsergebnisse dabei um Aspekte 1.) der Leitbildentwicklung, 2.) der Wissensproduktion und 3.) des industriellen Bauwesens. Ausführliche Studienarbeiten existieren allenfalls zu Teilbereichen dieser Arbeit. Diese sind etwa Arbeiten zur Hinwendung zur Stadterneuerung in der späten DDR, städtebaulich-architektonisch ausgerichtete Studien zur Postmoderne in der DDR, Betrachtungen der Modellstädte Greifswald und Bernau sowie Arbeiten zu Reformdebatten, zu bürgerschaftlichem Engagement sowie zur planerischen Ausbildung in ostdeutschen Hochschulen. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Wissensproduktion und die historische Auseinandersetzung mit ihren Determinanten häufig vernachlässigt, auch in Überblickswerken zum DDR-Städtebau. Bislang unterblieben ist eine Historisierung der Anwendung von Rechentechnik im Bau- und Planungswesen der DDR sowie der Generalbebauungsplanung als Instrument der räumlichen Planung in der DDR.

3.

Die Arbeit wird methodisch durch drei Betrachtungsebenen gestützt. Die gemeinsame Betrachtung von Produktionsverhältnissen, Produkten und Produktion von Städtebau hat sich dafür bewährt. Darauf aufbauend entwickelt die Arbeit eine Trias von Bild-, Wissens- und Bauproduktion. Diese erlaubt, Altstadterneuerung in ihrer Komplexität zu beschreiben. Stadt- und Leitbilder des Städtebaus schaffen einen gemeinsamen Hintergrund für Entwürfe, Planungskonzeptionen und individuelle Vorstellungen von Städtebau. Wissen wird sowohl als Voraussetzung als auch als Ergebnis von räumlicher Planung bestimmt. Wissenstypologien manifestieren sich in Forschungsergebnissen und Planungsdokumenten als zentrale Wissensträger. Eine besondere Beachtung finden Methoden der Bestandsanalyse mit einem Fokus auf Informationstechnologien. Zuletzt entsteht aus der Interaktion von Kontextbedingungen und der Materialität der Stadt ein Verständnis von Bauproduktion als Herstellung von gebauter Umwelt. Dabei dient nicht etwa eine Stadt oder eine Auswahl von Städten als Fallstudien – vielmehr werden Modell-, Experimental- und Beispielplanungen in ihrem zeitlichen Verlauf für diese Arbeit betrachtet.

Die Betrachtung von Stadtbildern, Herstellen von Planungswissen und Produktion von gebauter Umwelt kann nur aus verschiedenen Blickwinkeln passieren. Eine vereinfachte, städtebauhistorische Darstellung der Kultur- und Ideengeschichte des Bauens als »Überbau« und der Bauwirtschaft als »Basis« wird der Komplexität des Gegenstandes nicht gerecht. Genauso wenig handelt es sich um einen Gegenstand, der allein aus einer einzigen, selektiven Perspektive – etwa der städtebaulichen Denkmalpflege – betrachtet werden könnte. Hier wird vielmehr eine parallele Betrachtung von Produktionsregimen und gesellschaftlichen wie innerfachlichen Aushandlungsprozessen vorangetrieben. So treten gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse, die DDR-Planungspolitik, (internationale) wissenschaftliche Innovationen und Techniken und Technologien der Wissensproduktion sowie stadtplanerische Fachdebatten in ein Wechselverhältnis, das städtebaulichen Innovationsdruck erzeugt und planerisches Handeln (oder Passivität) zur Konsequenz hatte.

Die Studie beruht auf einer Analyse von historischen Planungsdokumenten, wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Archivdokumenten, vor allem der Bestände im Bundesarchiv und in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS Erkner. Nicht zuletzt stellt die überkommene Materialität der untersuchten Städte eine Quelle der Forschung dar. Diese Erkenntnisse werden durch die Sekundäranalyse historischer Datenbestände ergänzt.

4.

Im Begriff der »Planung für die Stadt als Ganzes« ist die Komplexität der Betrachtungsebenen aufgehoben, womit er zur zentralen Figur der Arbeit wird. Damit wird der Begriff »Altstadterneuerung« semantisch erweitert und bezieht sich nicht nur auf den Umbau vermeintlich mittelalterlicher Stadtkerne. Mit dem Begriff wird »historische Stadt« typologisch mit der »Stadt als Ganzem« verknüpft – wobei ein spezifischer Begriff der DDR-Planungsgeschichte gewählt wird. Die Planung für die »Stadt als Ganzes« weist auf die vielfältigen Ebenen dieser Arbeit: 1.) Die Abhängigkeiten von volkswirtschaftlicher und räumlicher Planung, 2.) die Zusammenhänge von Flächen- und Einwohnerwachstum mit der Aufgabe der planerischen Steuerung von Wachstumsprozessen, 3.) die Rolle von Wissensproduktion (vor allem in Form von Bestandsanalysen und Prognosen), 4.) das Prägen von Stadtbildern in Form von Stadtkomposition und innerstädtischem Wohnungsbau sowie 5.) der interdisziplinäre Charakter der planerischen Tätigkeit mit seiner Vielfalt an Gegenständen.

Daher liegt ein Fokus der Arbeit auf der Beschreibung der Geschichte der gesamtstädtischen Planung in der DDR, die sich besonders am stadtplanerischen Instrument der Generalbebauungsplanung zeigt. Entwickelt und kontrovers diskutiert in den 1960er Jahren, geriet die gesamtstädtische Planung in den 1970er Jahren zum Instrument des randstädtischen Wohnungsbaus. Erst in den 1980er Jahren erlangte das Instrument eine neue Beachtung, da man sich Rationalisierungseffekte für den innerstädtischen Wohnungsbau erhoffte. Die Analyse des Instruments verspricht Erkenntnisse auf Zukunftskonzeptionen des DDR-Städtebaus, insbesondere für die Zeit nach 1990 und damit nach dem erhofften Ende des Wohnungsbauprogramms »Zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990«. Dieser konzeptionelle Zeitraum der DDR-Planungspolitik von 1990 bis 2000/2010 ist in der Forschung bislang vollständig ausgeblendet worden.

5.

Die industriepolitischen Weichenstellungen der Industrialisierung des Bauwesens ab 1955 wurden in der bisherigen Forschung als Ursache der (gescheiterten) Altstadtspolitik der DDR ausgemacht. So wird dieses Jahr als Beginn der Periodisierung meiner Arbeit gewählt. Kernelemente dieser bau- und industriepolitischen Weichenstellung waren die Typisierung und Standardisierung, die zentrale Normung sowie das Aufblähen der Produktionssphäre und die damit erhofften Skaleneffekte der Bauproduktion. Damit gingen neue Berufsbilder, eine Umstrukturierung der Betriebsstruktur, eine Verkleinerung von Reparaturkapazitäten sowie neue Schwerpunktsetzungen der Forschungspolitik einher. Diese sollte auf die Entwicklung von

Typenbauten fokussieren, während die Städtebauforschung in der Folge ein unterentwickeltes Gebiet blieb.

Eine Möglichkeit, Forschungs-, Entwicklungs- und Baukapazitäten zu bündeln, gezielt einzusetzen und Vorbildlichkeit herzustellen, wurde in der Auswahl von Modell-, Experimental- und Beispielpilanungen gesehen. In den späten 1950er und 1960er Jahren waren dies zunächst Görlitz und Stralsund als kulturhistorisch wertvolle Städte. Stralsund war dabei durch den Doppelcharakter als denkmalgeschützter Stadtkern und Aufbaustadt des Sozialismus geprägt. Die Forschungen zur Stralsunder Altstadtinsel, die durch das Forschungsinstitut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung durchgeführt wurden, sollten Grundlage für die Entwicklung einer allgemeinen Städtebaustatistik werden, die allerdings nicht umgesetzt wurde.

Ein Forschungsprogramm mit Experimentalplanungen zwischen 1959 und 1962 (Halle/Saale, Gotha, Glauchau, Leipzig, Anklam + Gera) eröffnete wissenschaftliche Perspektiven: auf den Umgang mit der kaiserzeitlichen Stadt, auf städtebauliche Denkmalpflege, auf die Anwendung industrieller Bauverfahren in den Altstädten, auf eine Erhöhung baulicher Dichten nach einer Periode der erzielten städtebaulichen Entdichtung, auf gesamtstädtische, stadtregionale und wirtschaftspolitische Zusammenhänge der räumlichen Planung sowie die volkswirtschaftlichen Kosten von Flächenabrissen. Dabei standen sich Konzepte der Zerstörung von Altstädten, ihrer behutsamen Weiterentwicklung und der Bewahrung eines (konzeptionell verstandenen) Stadtbildes gegenüber. Die Experimentalplanungen blieben unverwirklicht.

Anhand der Planungen für verschiedene Stadtzentren in Vorbereitung auf das 20. Jubiläum der DDR konnte nachgewiesen werden, dass sich zunehmend fachpolitische Meinungen herausbildeten, die die bisherige auf Abriss, Neubau, Entdichtung und Neuerfindung von Stadtbildern basierende Baupolitik kritisch sahen. In den 1960er Jahren kulminierten die Diskussionen um eine Neubewertung des volkswirtschaftlichen Wertes der Altbausubstanz, zur Innenentwicklung der Städte bei Erhöhung der baulichen Dichten sowie um die sozialistische »Beheimatung« der DDR-Bevölkerung und den damit zusammenhängenden Bedeutungszuweisungen zu bestehenden Stadtbildern zu einem regelrechten Reformdiskurs. Dieser äußerte sich in einem wachsenden Unbehagen mit den architektonisch-städtebaulichen Konzeptionen der 1960er Jahre. Die Reformdebatte blieb durch den Einfluss des bereits erstarkten Interessenblocks des industriellen Bauwesens, durch die krisenhafte Entwicklung der 1960er Jahre und das Ende der Ära Ulbricht unvollendet. Zunehmend geriet aber die Erneuerung des baulichen Erbes der Kaiserzeit in den Blick der Städtebauwissenschaft.

6.

Parallel zu diesen Debatten veränderten sich die Methoden der räumlichen Planung in der DDR. Dies wird besonders an zwei miteinander verwobenen Sphären deutlich. Eine für das staatssozialistische System zentrale Debatte fand zu Beginn der 1960er Jahre statt: So wurde um die Frage gerungen, welche Kompetenzen den Institutionen der räumlichen Planung im planwirtschaftlichen Gerüst eingeräumt werden sollten. Dabei setzte sich eine Konzeption durch, die die räumliche Planung als der Volkswirtschaftsplanung nachgeordnet ansah. Die Stadtplanungen hatten sich also den durch die Staatliche Plankommission erstellten Konzeptionen zu unterwerfen. Ab 1966 entwickelte sich dabei die »Generalbebauungsplanung« als Instrument der Übersetzung dieser Vorgaben anstelle der ab etwa 1960 praktizierten »Generellen Planung«, die sich als integrierte Stadt- und Volkswirtschaftsplanung verstanden hatte.

Gleichzeitig entstanden neue Möglichkeiten der Modellierung urbaner Zukünfte durch das Aufkommen von Elektronischer Datenverarbeitung als planerischer Informationstechnologie. Die HAB Weimar war dabei ein wichtiger Ausgangspunkt bei der Entwicklung planerischer Methoden. Ab 1966 leisteten sich verschiedene Institutionen des Bauwesens ein großes, konsortiales Rechenzentrum in Berlin.

Dabei stellte sich heraus, dass die Debatten um »Kybernetik« nur einen kleinen Teilbereich der Anwendung von Rechentechnik darstellten. Der Begriff hatte eine kurze, aber intensive Konjunktur um 1970, während die systematische Einführung von Computern in Planungsprozesse von ca. 1962 bis zum Ende der DDR angestrebt wurde. Dabei waren neue institutionelle und personelle Kooperationen – auch über Landesgrenzen hinweg – ein Kennzeichen der technologischen Innovation.

Diese Entwicklungen werden anhand von zwei experimentellen Planungen besonders evident. Ein komplexes Modellierungsprogramm für die Optimierung des Siedlungssystems von Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), das auf dem IBM-Rechner der Deutschen Bauakademie gerechnet werden sollte, stellte sich als wenig robust und viel zu ungenau heraus. Es hielt der internen Kritik am Institut für Städtebau und Architektur nicht stand und wurde schließlich 1975 eingestellt. Damit steht es für institutionelle Lernprozesse in Bezug auf die Möglichkeiten und Grenzen der Computertechnik im DDR-Bauwesen.

Ein anderes Beispiel stellt die Planung für die Altstadt von Greifswald dar, die sich unmittelbar aus einem Forschungsprojekt zur gesamtstädtischen Planung für Greifswald unter Anwendung von Rechentechnik ergab. Die Altstadterneuerung von Greifswald, die einerseits für die Stadtzerstörung durch Altstadtplatten, andererseits für eine neue Bedeutung von Stadtbild und bestehendem Stadtgrundriss bekannt ist, steht also in einem engen Zusammenhang mit den epistemologischen Innovationen dieser Zeit. Die Planung widerspricht also nicht dem Szientismus des Greifswalder Forschungsprojektes, sondern muss als ihr direktes Ergebnis gewertet werden.

Planungen für die Altstadterneuerung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zeigen, dass häufig nicht etwa kulturhistorische, sondern volkswirtschaftliche, wohnungspolitische und nicht zuletzt technologische Faktoren den Ausschlag für eine Neubewertung der Altstädte gaben.

7.

Ähnliches gilt für die wissenschaftliche Disziplin der Prognostik, die unmittelbar mit den Möglichkeiten der Modellierung von urbanen, demografischen und ökologischen Zukünften ergab und sich um 1970 einer erheblichen Popularität erfreute. Sehr bald waren aber die Zukunftsvisionen nicht von Optimismus, Fortschrittsglaube und Siegesgewissheit, sondern von Skepsis und Angstdiskursen um die Begrenztheit von globalen Ressourcen geprägt. Auch Autor:innen im Staatssozialismus haben Zukunftsvisionen mit Zivilisationskritik und (Andeutungen) eines Krisenbewusstseins verbunden.

Die aufziehenden Krisenanzeichen, etwa durch die Erdölpreiskrisen der 1970er Jahre, prägten die Altstadterneuerung in der DDR. Baulicher Ausdruck ist eine historiografisch beinahe vergessene Experimentalplanung in Magdeburg, die auf die Planung für Greifswald folgte, aber auf ähnlichen Herangehensweisen beruhte. Zunehmend wurden auch industrielle Verfahren für die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnbauten, wie Taktstraßenverfahren, angewendet. Anhand der Experimentalplanung konnte gezeigt werden, wie das industrielle Bauwesen der DDR auf Abriss statt auf Erneuerung baute.

Gleichzeitig machten sich auch mangelnde Reparaturkapazitäten im Bauhandwerk deutlich. Eine korrigierende Handwerkspolitik begann bereits 1976, konnte aber die wachsenden Aufgaben der Bauwerkserhaltung nicht annähernd kompensieren. Im Gegenteil führte eine 1979 eingeführte gesetzliche Beschränkung von Abrissen zu neuen Herausforderungen für die Erhaltungskapazitäten. Dieses ist als Reaktion auf die Begrenztheit der Ressourcen und die Energiekrise, ausgelöst durch den Erdölpreisschock von 1979, zu werten. Dass sich dadurch die Rahmenbedingungen der Altstadterneuerung veränderten, zeigt sich an der Beispielplanung für Bernau. Dort wurde der vollständige Abriss der Altstadt vorerst gestoppt – einige der Ackerbürgerhäuser wurden in der Folge nicht abgerissen, sondern für eine Modernisierung vorgesehen.

Trotz der geschilderten Entwicklungen erfolgte das zentralstaatliche Bekenntnis zum innerstädtischen Bauen erst 1982. Damit einher ging eine neue wissenschaftliche Beschäftigung mit der Anwendung von industriellen Bauverfahren in Innenstädten, zu denen explizit auch Modernisierungsverfahren gehörten. Ein technischer Bericht nimmt dabei wichtige Argumente der Reformdebatte der späten 1980er Jahre vorweg und ist somit nicht bloß ein technokratisches Regierungsinstrument, sondern betrachtet die Frage der Altstadterneuerung aus den Augen des Interessenblocks des DDR-Bauwesens und sucht innerhalb dieser Möglichkeiten nach Lösungen für das immer evidenter werdende Problem der Altstadterneuerung. Die Arbeit an dem Bericht mit dem Titel »Technisch-ökonomische Konzeption« wurde bis 1990 fortgeführt.

Gleichzeitig entstanden neue Anwendungen von Rechentechnik, die sich zunehmend mit der Frage der Altstadterneuerung beschäftigten. Die gescheiterten Großprojekte der 1970er Jahre zeigten, dass Anwendungen im Kleinen und für begrenzte Fragen produktiver waren als holistische Entwicklungsmodelle. So war die Frage der Altstadterneuerung mit ihrer kleinteiligen Datenstruktur eine interessante Aufgabe für EDV-Projekte. Gleichzeitig wird an der Verteilung von Rechentechnik die untergeordnete Stellung der Städtebauforschung deutlich.

Am Ende der 1980er Jahre kulminierte das in den vergangenen Jahrzehnten hergestellte Wissen zusammen mit einem generellen Eindruck des städtischen Niedergangs zu einem Reformdiskurs. Dieser kann als Bestandteil der Demokratiebewegung und der Debatten um einen »Dritten Weg« der DDR gedeutet werden, zeigte aber auch das Unvermögen der DDR, ihre Produktionsweise generell umzustellen. Dabei rückt wieder das Instrument der Generalbebauungsplanung in den Blick: Ihre Aufstellung, Begutachtung und Auswertung ab 1986 für den Zeitraum 1990 bis 2000 wurden zum Ausgangspunkt einer spezifischen Fachdebatte zur Altstadterneuerung, Innenentwicklung der Städte und der Produktionsweisen der Bauindustrie. Deutlich wird dies auch am mehr oder weniger ausgeprägten kritischen Potenzial von empirischen Stadtsoziologien der 1980er Jahre.

8.

Der Umbau der bestehenden Städte in der DDR blieb ein unvollendetes Projekt. Gegenüber den futuristisch anmutenden Stadtentwürfen und den holistischen, gesamtstädtischen Planungen hatten sich die Städte in der Zeit der DDR vielmehr durch eine hohe Persistenz und Kontinuität ausgezeichnet. In Struktur und Materialität blieb vieles über die 40 Jahre unangetastet. Bildlich gesprochen kann man also davon ausgehen, dass die Planungen zur Altstadterneuerung nicht – wie vorgesehen – Traditionsinseln hinterlassen haben. Vielmehr sind die umgesetzten Projekte als »Inseln der Modernität« zu verstehen.

Die Krisenerfahrungen der 1970er und 1980er Jahre und die verkleinerten Erwartungshorizonte der räumlichen Planung wurden zunehmend zu einer gesellschaftlichen Determinante. Die Krise der Stadt ging dabei mit einer Krise des Systems einher. Das DDR-Bauwesen war nicht in der Lage, diese Krise zu überwinden. Obwohl sich Bild-, Wissens- und Bauproduktion über den gesamten Untersuchungszeitraum mit Fragen der Altstadterneuerung beschäftigten, wurde der Zustand der Altstädte zum Teil des Problemkomplexes, der zum inneren und äußeren Legitimationsdruck der DDR beitrug und letztlich ihr Ende zeitigte. Obwohl an vielen Stellen nachgewiesen werden konnte, dass die Erneuerung von Stadt rationaler sein konnte als der Neubau und dass bestehende Stadtbilder zum Zugehörigkeitsgefühl der Stadtbewohner:innen beitrugen, blieben wichtige Reformen aus.

Am Ende der DDR waren die Altstädte in sehr unterschiedlichem Maße verfallen, und auch innerhalb der Städte gab es starke Unterschiede. Die Problematisierung des Verfalls wurde zu einem wichtigen Bestandteil der Krisendiagnose am Ende der DDR. Dabei war es nicht nur der Zustand der Städte selbst, der Anlass dieser Erzählung war, sondern eine gestiegene Wertschätzung für bestehende Städte hat zu diesem Eindruck beigetragen.

9.

Ein DDR-spezifischer Interessenblock der Stadterneuerung hatte sich durchgesetzt. Dieser bestand zunächst aus der hierarchisch organisierten Parteilinie, die über die Räte der Bezirke und Städte Richtungsentscheidungen immer zugunsten des Wohnungsbaus durchsetzte, da hier ein politisches Paradigma vorherrschte – vor allem da die Wohnungsfrage alles andere als gelöst war. Die Bauwirtschaft in Form der Wohnungsbaukombinate versprach sich durch die Fortführung des industriellen Bauens weitere Rationalisierungs- und Amortisierungseffekte und war so unmittelbar vom Aufblähen der Produktionssphäre und dem damit zusammenhängenden extensiven Wachstum der Städte abhängig: eine technologische Pfadabhängigkeit. Für die Organe der Wirtschaftslenkung, insbesondere der Staatlichen Plankommission, war die Investition in den Wohnungsbau oft allein Allokation von Produktionsmitteln und folgte keiner strikt städtebaulichen Programmatik.

Sozial- und industriepolitische Maßgaben folgten diesem Leitbild des Wachstums. Dieses nahm eine übergeordnete Stellung gegenüber der Reproduktion ein. Das Anwachsen der Produktion musste sogar gegen eine zunehmende Materialknappheit durchgesetzt werden. So waren hauptsächlich Zement und Stahl, aber auch etwa Glas, begrenzte Ressourcen – auch da ihre Herstellung erhebliche Energiebedarfe erzeugte. Energie wurde spätestens mit der Verteuerung des Erdöls in den 1970er Jahren eine gesellschaftspolitisch wichtige Ressource. So musste der Wohnungsneubau gegen die Begrenztheit der Ressourcen durchgesetzt werden.

Es hatte sich gezeigt, dass verfallene Wohnungen immer noch zum Wohnungsfonds zählten und eine Vergrößerung der Anzahl der Wohnungen allein durch den Neubau entstand. Diese Zahl war aber die maßgebliche Determinante der Wohnungspolitik. Nachgeordnete Leitbilder der Wohnungspolitik, etwa die Verbesserung des Ausstattungsgrades mit sanitären Einrichtungen sowie die Verjüngung des Wohnungsbestandes, verlangten ebenfalls ein auf Abriss und Neubau fokussiertes Bauen. Diese Rationalitäten trugen dazu bei, dass das Wachstum – trotz der Kritik – als städtische Effizienzsteigerung gesehen wurde und an den Rändern der Stadt seinen Ort fand. Es ist bis zuletzt weder gelungen, die Altstadterneuerung in die fordistische Fließbandfertigung zu integrieren – noch dieses Leitbild wirklich zu überwinden.

10.

Die Erkenntnisse der Arbeit eröffnen die Perspektive auf weitere Forschungen. Der Blick auf Modell-, Experimental- und Beispielplanungen erfordert in Zukunft eine Untersuchung der Städte und Dörfer, die nicht zum Gegenstand der Wissensproduktion geworden sind. Sie waren auch diejenigen, die wahrscheinlich am stärksten verfallen sind. Auch der Gegenstand der Modellstädte liefert noch Stoff zum (relationalen) Weiterarbeiten. So ist aus rezeptions- und diffusionsgeschichtlicher Perspektive danach zu fragen, ob und wie die Arbeit mit Modell-, Beispiel- und Experimentalstädten tatsächlich rezipiert wurde. So sollte weiter – vergleichend – nach Vorbildern der Planung und ihrer nachträglichen Kanonisierung geforscht werden. Nach meiner Beschäftigung mit der DDR-Zeit bieten sich hierfür die Modellstädte der Stadterneuerung in der mittlerweile vereinten Bundesrepublik an. Die 1990er Jahre als planungshistorischer Forschungsgegenstand versprechen nicht nur Erkenntnisse zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation beider Teile im Einigungsprozess, sondern sie bietet sich aufgrund einer ausgezeichneten Quellenlage an. Nicht zuletzt interessieren Historiografien der Altstadterneuerung aus anderen Ländern, die hinter die Fassade von städtebaulichem Denkmalschutz und urbanem Erbe schauen und die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Prozesse des Umgangs mit dem Bestand beleuchten und dafür weiter an den Methoden einer bestandsorientierten, und nicht einer neubauorientierten Planungshistoriografie arbeiten.